

II-2322 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIUM
FÜR ARBEIT UND SOZIALES

Zl. 10.009/146-4/91

1010 Wien, den 13. Juni 1991

Stubenring 1

Telefon (0222) 7580X 711 00

Telex 111145 oder 111780

DVR: 0017001

P.S.K.Kto.Nr. 5070.004

Auskunft

--

Klappe -

Durchwahl

8957AB

1991 -06-14

zu 935/J

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Dr. Partik-Pable,
Dolinschek an den Bundesminister für Arbeit und
Soziales betreffend Finanzierung der Sonderklasse-
Mehrkosten für Schwerstbehinderte, Nr. 935/J.

Zu den Fragen nehme ich wie folgt Stellung:

Frage 1:

Halten Sie es für wünschenswert, allen Schwerstbehinderten ohne Mehrkosten einen Krankenhausaufenthalt in der Sonderklasse zu ermöglichen?

Antwort:

Nach den Bestimmungen des ASVG ist Pflege in der allgemeinen Gebührenklasse einer öffentlichen Krankenanstalt dann zu gewähren, wenn und solange es die Art der Krankheit erfordert. Hierbei sind Wünsche des Erkrankten insoweit zu berücksichtigen, als die Art der Krankheit es zuläßt und dadurch kein Mehraufwand für den Versicherungsträger eintritt. Die Pflege in der Sonderklasse einer Krankenanstalt umfaßt prinzipiell keine andere Krankenbehandlung (Qualität und Intensität der ärztlichen Betreuung) als in der allgemeinen Gebührenklasse. Nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen muß die Krankenbehandlung ausreichend und zweckmäßig sein, sie darf jedoch das Maß des Notwendigen nicht überschreiten.

- 2 -

Unter Bedachtnahme auf den vorerwähnten Gesetzesauftrag ist die Übernahme von Mehrkosten durch die Krankenversicherungsträger für die Ermöglichung des Krankenhausaufenthaltes einer bestimmten Patientengruppe, nämlich der "Schwerstbehinderten", die gesetzlich erst definiert werden müßten, in der Sonderklasse nicht vertretbar.

Geht man von der ursprünglichen Forderung der Zentralorganisation der Kriegsopferversverbände Österreichs aus, die eine Finanzierung der Mehrkosten eines Krankenhausaufenthaltes in der Sonderklasse ausschließlich für blinde Ohnhänder verlangt, so wäre eine mögliche Erklärung hiefür allenfalls in der unbeschränkten Besuchszeit zu suchen, die es den Angehörigen gestatten würde, den kranken und hilflosen Patienten, der auf fremde Hilfe angewiesen ist, rund um die Uhr zu betreuen und auf diese Weise das Pflegepersonal zu entlasten.

Frage 2:

Ab welchem Grad der Behinderung könnten Sie sich eine solche Begünstigung konkret vorstellen?

Antwort:

Der von der Zentralorganisation der Kriegsopferversverbände Österreichs bezeichnete Personenkreis ist durch einen bestimmten Grad der Behinderung allein nicht erfaßbar. Es handelt sich hierbei um pflegebedürftige Menschen, die derart schwer behindert sind, daß Pflege und Wartung in besonders erhöhtem Ausmaß erforderlich sind.

Frage 3:

Wieviele Personen kämen für eine solche Maßnahme potentiell in Frage, welche Kosten würden dadurch entstehen? Wie könnte die Finanzierung gewährleistet werden?

Antwort:

Aus dem Versorgungsbereich kämen derzeit für eine solche Maßnahme 10 Personen in Betracht. Für Zivilblinde fehlen entspre-

- 3 -

chende Statistiken; in den Bundesländern Wien und Niederösterreich sind jedenfalls keine Personen bekannt, die blinden Ohnhändern vergleichbar wären.

Zur Finanzierungsfrage möchte ich bemerken, daß die Mehrkosten nicht annähernd abschätzbar sind, da sie ganz vom Einzelfall abhängen. In der Sonderklasse fallen in der Regel neben den Kosten der allgemeinen Gebührenklasse (derzeit 3553 S inklusive Mehrwertsteuer pro Tag) zusätzlich täglich 220 S an. Darüber hinaus werden Arzthonorare, Operationskosten, Medikamente, Verbandskosten, Injektionen etc. jeweils gesondert verrechnet. Eine leichter kalkulierbare Finanzierung in Form der Kostenübernahme für eine private Krankenzusatzversicherung ist nicht möglich, da nach den Versicherungsbedingungen für schwerstbehinderte Personen ein Versicherungsausschluß und außerdem ein Höchstbeitrittsalter von 65 Jahren vorgesehen ist.

Frage 4:

Wenn Sie die vorgeschlagene Verbesserung für Schwerstbehinderte begrüßen, wann werden Sie einen diesbezüglichen Gesetzesentwurf ausarbeiten lassen?

und

Frage 5:

Werden Sie eine entsprechende Änderung im nächsten Entwurf zur Novellierung des Kriegsopferversorgungsgesetzes vorschlagen?

Antwort:

Eine entsprechende Änderung des Kriegsopferversorgungsgesetzes 1957 ist derzeit nicht vorgesehen. Die vorgeschlagene Verbesserung müßte im übrigen noch vom Standpunkt des Gleichheitsgrundsatzes einer eingehenden Prüfung unterzogen werden. Außerdem sollte in diesem Zusammenhang auch Berücksichtigung finden, daß das Kriegsopferversorgungsgesetz 1957 auf die Schwere des Leidenszustandes und die dadurch bedingten Mehraufwendungen ohnedies durch eine Reihe von Leistungen Bedacht nimmt.

Der Bundesminister:

